

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

9.3.1927 (No. 57)

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Menz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Völkerbund und Weltpolitik
II. (Schluß)

Auch die Frage der Saar-Regierung gehört zu jenen Punkten der großen außenpolitischen Diskussion, die an und für sich von nicht allzugroßer Bedeutung sind, aber infolge der Gefühlsmomente, die mit ihnen verknüpft werden, doch einen beständigen Anlaß zur Beunruhigung bilden. Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages befindet sich immer noch französisches Militär im Saargebiet, und die Regierung ist so zusammengefaßt, daß alle französischen Wünsche jeweils durch Mehrheitsbeschluß durchgedrückt werden können. Der Präsident der Regierung, der Kanadier Stephens, ist kürzlich zurückgetreten, weil er sich auf seinem Posten zu viel hat ärgern müssen. Man kann sich denken, was es gewesen ist, das seinen Ärger hervorrief. Deutschland muß fordern, daß die Saar-Regierung paritätisch zusammengestellt wird, d. h., daß an die Stelle des belgischen Mitglieds eine neutrale Persönlichkeit tritt.

Unmittelbar bedrohlich für den Frieden der Welt ist natürlich diese ganze Angelegenheit nicht, mag sie auch von uns Deutschen mit wachsendem Unmut verfolgt werden. Viel wichtiger sind die Komplikationen weltpolitischer Art, die sich in der letzten Zeit ergeben haben. Hier erwachen dem Völkerbund bzw. dem Völkerbundsrat Aufgaben, die so ernst und dringend sind, daß viel Scharf sinn und guter Wille dazu gehören werden, um sie einigermaßen befriedigend zu lösen. Erschwert wird die gewichtigste dieser Aufgaben durch die Tatsache, daß der eine dabei in Betracht kommende Staat, Rußland, gar nicht dem Völkerbund angehört, und der andere Staat, China, schon seit Jahren von inneren Erschütterungen hin- und hergeworfen wird, so daß man von einer chinesischen Regierung, die wirklich Autorität besitzt und im Namen Chinas auftreten darf, nicht sprechen kann. Der dritte Teilnehmer am diplomatischen Spiel, England, ist allerdings ein führendes Mitglied des Völkerbundes.

Die Vorgänge in China, die im ganzen zu einer bis dato unerhörten Schwächung des britischen Prestiges geführt haben, werden von der englischen Regierung als von Sowjet-Rußland inspiriert angesehen. Und es ist zweifellos richtig, daß hinter der großen Umwälzung, die China durchzittert, bolschewistische Absichten und Mächenschaften stecken. Aber England sollte darüber die Haupttriebkraft der chinesischen Bewegung nicht außer acht lassen. Diese Haupttriebkraft ist der leidenschaftliche, nationale Wille des chinesischen Volkes, selber wieder Herr seiner Geschicke zu werden und die mannigfachen fremden Beschränkungen und Bevormundungen loszuwerden. Diejenige Macht aber, die vom chinesischen Volke vor allem als störender Vormund empfunden wird, ist England. Also mußte sich von vornherein die nationale Bewegung in China gegen diese Macht richten.

Sowjet-Rußland hat aus rein parteipolitischen Gründen, deren Ursprung im Charakter des Bolschewismus zu suchen ist, ferner aber auch aus Gründen seiner eigenen Außenpolitik die nationale Bewegung in China geschürt und gefördert. Moskau schlägt dabei mehrere Forderungen mit einer Klappe. Bekanntlich ist es England gewesen, das bisher am schroffsten der Sowjet-Regierung gegenübergetreten ist. Und namentlich das Kabinett Baldwin hat sehr im Gegensatz zu der klugen und abwägenden russischen Politik Macdonalds schon von Beginn seiner Amtstätigkeit an durch Ungeschicklichkeit Moskau vor den Kopf gestochen. Nun präsentiert Rußland in China seine Quittung.

Chamberlain, der britische Außenminister, hat in Genf gar kein Hehl daraus gemacht, daß die russische Gegnerschaft für England überaus peinlich ist. Und er hat schon vorher allerlei Schritte getan, um diese Gegnerschaft einigermaßen lahm zu legen. In China selbst konnte ihm das nicht gelingen. Er mußte den Hebel an anderen Stellen ansetzen. Zu diesem Zweck hat sich England in letzter Zeit Polen etwas genähert und wünscht auch Litauen in seine Kombination mit hineinzuziehen. Rußland soll gewissermaßen von Westen her eingekreist werden.

Ein Haupterfolg dieser neuen Phase der britischen Außenpolitik ist der, daß jetzt Italien mit Rumänien ein Abkommen getroffen hat, nach welchem Italien den Besitzessarabien anerkennt. Rußland bestreitet bekanntlich Rumänien die Rechtmäßigkeit dieses Besitzes. Selbstverständlich ist dieses Abkommen gegen Rußland

gerichtet und geeignet, der englischen Politik sehr zu nützen. Mussolini hat es aber nicht nur um Englands willen getroffen, sondern ebenso sehr und wohl noch mehr unter dem Gesichtswinkel italienischer Machtpolitik: die Anlehnung Rumäniens an Italien soll dazu dienen, den gefährlichsten Nachbar Italiens, Jugoslawien, in die Fänge zu nehmen.

Das diplomatische Spiel mit all seinen Finessen ist jedenfalls im Gange. Bündnisse werden geschlossen, um sich gegen ganz bestimmte Gefahren zu sichern, Revolutionen werden erzeugt oder gefördert, um mit ihnen dem diplomatischen Gegner Schwierigkeiten zu bereiten. Es fragt sich nur: wie lange wird dieses Spiel auf dem Boden der Diplomatie bleiben? wann wird der Moment gekommen sein, wo die Hand des Spielers die Schachfigur beiseitelegt und den Degen erhebt? Und dabei gibt es neben den eben von uns skizzierten Konfliktstoffen noch eine Menge anderer. Wir brauchen nur an den Konflikt zwischen Nordamerika und Mexiko, an den Gegensatz zwischen Türkei und Griechenland bzw. Italien, sowie an die mannigfachen Probleme der vorderorientalischen Politik erinnern. Diplomatisch steht die Welt seit Monaten im Zeichen des Aufruhrs. Nur dem Völkerbunde könnte es gelingen, diesen Aufruhr zu beschwichtigen. Für Deutschland ist so oder so die politische Linie vorgezeichnet: neutral bleiben und mit den Mitteln einer klugen Neutralität versuchen, aus den Händen der anderen für uns soviel als möglich herauszuschlagen!

Zuckersteuer und Branntweinmonopol im Reichswirtschaftsrat

Der Wirtschaftspolitische und Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte den von der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol. Danach soll die Zuckersteuer von 21 auf 14 Reichsmark für einen Doppelpentner gesenkt und zur Deckung des Einkommensausfalles die sogenannte Gekostterezinnahme von Branntwein, d. h. der Betrag, den die Reichsmonopolverwaltung von dem zu Ertragszwecken verwendeten Branntwein an die Reichskasse ablieferet, von 280 auf 380 Reichsmark erhöht werden. Die zuständigen Arbeitsausschüsse hatten der vorgeschlagenen Senkung der Zuckersteuer zugestimmt. Nunmehr mußte aber unverzüglich die endgültige Entscheidung über die Erhöhung des Zuckerzolles herbeigeführt werden, weil die derzeitige Ungewißheit ernste Nachteile für die deutsche Landwirtschaft und den Zuckermarkt verursacht.

Der Wirtschafts- und der Finanzpolitische Ausschuss stimmten diesen Beschlüssen des Arbeitsausschusses zu, ebenso auch denjenigen, die die geplante Steuererhöhung für Ertragszwecke von 280 auf 380 Reichsmark pro Hektoliter ablehnen. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß das Gesamtsteuererträgnis aus der Spirituswirtschaft allmählich steigen werde, wenn der jetzt gültige Steuerfuß von 280 Reichsmark in Kraft bleibe.

Weiter stimmte der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates, gemäß dem einstimmigen Beschluß des für diese Materie besonders eingesetzten Arbeitsausschusses, noch dem Gesetzentwurf über die Ertragspflicht für Herstellung von Bündelhölzern zu. Diese Vorlage will verhindern, daß die deutsche Bündelholzindustrie reibungslos der Umklammerung durch den schwedisch-amerikanischen Bündelholzmarkt verfallt.

Der Reichstag wird heute nachmittags um 3 Uhr nach 10tägiger Pause seine Beratungen wieder aufnehmen und zunächst die Aussprache über den Hausalt des Reichsarbeitsministeriums fortsetzen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler, der am Montag in Darmstadt weilte, besuchte zunächst das dortige Landesfinanzamt und behandelte in einer mehrstündigen Besprechung mit dem Chefpräsidenten und seinen Referenten die schwebenden technischen Fragen im Bereiche der Finanzverwaltung. Dann stattete er dem hessischen Finanzminister einen Besuch ab. Am Abend kehrte der Reichsfinanzminister nach Berlin zurück.

Am Grabe Beppelins. Anläßlich des 10jährigen Todestages des Grafen Beppelin fand am Dienstag nach einer Meldung aus Stuttgart an dem Grabe des großen Deutschen eine Gedenkfeier statt. Die Stadtverwaltung ließ einen Kranz niederlegen, ebenso der würt. Luftfahrtverband, der eine Abordnung entsandte hatte. Über dem Grabe kreisende Flieger ehrten den Toten durch Abwerfen von Kranzpenden.

Spareinlagen im Reich. Die Spareinlagen im Reich stellten sich Ende Januar 1927 auf 3880,8 Mill. gegen 3096,4 am 31. Dez. 1926. Der Zuwachs betrug danach 784,4 Mill. gegen 140,32 Mill. im Vormonat. Der Bestand der Giro-, Scheck- und Kontokorrenteinlagen stellte sich am 31. Januar auf 1182,5 Mill. Reichsmark gegen 1119,4 Mill. Ende Dezember.

Die Angelegenheit der pfälzischen Gendarmen. Wie aus Landau gemeldet wird, findet die auf den 10. März anberaumte Friedensgerichtsoverhandlung gegen die beiden deutschen Gendarmen von Winden und Steinfeld nicht statt. Die Angeklagten und die Zeugen sind abbestellt worden.

Die Regierungsbildung in Thüringen. Das Präsidium des Thüringischen Landtages hat nun der Deutschen Volkspartei den Auftrag zur Bildung einer Regierung übergeben.

Generalbebauungsplan der Stadt Karlsruhe

III.
Industrieanlagen, Parkanlagen, Rheinpark,
Hardtwaldanlagen

Über
die Industrieanlagen
führte Regierungsbaumeister Brunisch (B.D.M.) etwa folgendes aus:

Der Generalbebauungsplan sieht 5 Gebiete für Industrieanlagen vor. Das Hainwaldgebiet sei, wie sich gezeigt und wie auch die Stadt anerkenne, der Lage nach nicht glücklich gewählt, da diese Anlagen mit ihren Gleisanschlüssen die Entwicklung der Stadt nach dieser Seite, sowie die Ausgestaltungsmöglichkeit der Anlagen behindert. Das Dorsfeldgebiet bei der Maschinenbaugesellschaft, das durch die Abwanderung gewisser Industrien aus dem Hafengebiet während der Inflationszeit entstanden sei, bedeute, wenn es einmal durch Straßen richtig erschlossen sei, eine gewisse Reserve für die verarbeitende Industrie, die keinen Wasseranschluß benötigt. Bezüglich der Entwicklung des Hafengebietes dürfe man sich nicht zu großen Hoffnungen hingeben. Die jetzige Lage Karlsruhes an der Grenze des Reiches sei für neue Industrieansiedlungen nicht gerade besonders günstig, da die Industrie gegenwärtig die Tendenz zeige sich mehr gegen Mittel- und Norddeutschland zu konzentrieren. Wie aus der Statistik der städtischen Denkschrift hervorgehe, komme für unsere Industrie in erster Linie die Verarbeitung und der Umschlag der Landesprodukte in Frage. Die städtischen Werke, insbesondere das Gaswerk, sollten mit der Zeit möglichst an den Hafen gelegt werden, wo sie die Rohstoffe, bei Kohlen, direkt auf dem Wasserweg billiger beziehen können, da der Umschlag auf der Bahn weniger. Zur Klärung der industriellen Faktoren wäre als Ergänzung des Generalbebauungsplanes ein Generalwirtschaftsplan wünschenswert.

Das im Nordwesten der Stadt d. h. östlich und nördlich von Anielingen vorgesehene Industriegebiet schein nicht zweckmäßig gelegen, insbesondere auch zu weit abgelegen. Für die im Norden davon vorgesehene Hafenanlagen dürfte auch für eine fernere Zukunft kein Bedürfnis vorliegen. Eine mögliche Konzentration der Industrie um die jetzigen und daselbst zu erweiternden Hafenanlagen sei anzustreben. Dieses Gebiet dürfte für die nächsten 50 Jahre ausreichen.

das Strandbad Rappenvörth

sprach Regierungsbaumeister Billing (B.D.M.).
Der Plan der Stadt, am Rhein eine großzügige Strandparkanlage mit Badeanlagen zu schaffen müsse begrüßt werden. Auch die Absicht, diese Arbeiten im Interesse der Arbeitslosenbeschäftigung möglichst zu beschleunigen muß anerkannt werden. Auf Einzelheiten des Entwurfs einzugehen, sei schon deshalb nicht möglich, weil die genauen Pläne hierüber noch nicht bekannt sind. Heute könne nur in dem Sinne zu dem Entwurf Stellung genommen werden, als vor einer verfrühten Inangriffnahme zu warnen sei, so lange die allgemeinen Grundlagen des Bebauungsplanes noch so wenig geklärt seien, wie die heutige Aussprache bereits gezeigt habe. Insbesondere sei zu berücksichtigen, daß, wie heute ausgeführt worden sei, auch mit der Möglichkeit der Führung einer Eisenbahnlinie durch dieses Gebiet gerechnet werden könne, wodurch natürlich die Strandanlagen wesentlich beeinflusst werden müßten.

Das letzte Referat erstattete der Vorsitzende des Abends, Professor Dr.-Ing. Durr vom bad. Arch- und Ing.-Verein über den im Generalbebauungsplan vorgesehenen und zur sofortigen Ausführung bestimmten

log. Parkring und die Sportplatzanlagen im Hardtwald.

So sehr die Schaffung von zweckmäßigen und schön angelegten Sport- und Spielplätzen zu begrüßen sei, so müsse doch dem Projekt der Stadt, konzentrisch um den Schloßgarten herum eine große Anzahl von Sport- und Spielplätzen zu bereinigen, entgegengetreten werden, bes. von dem Standpunkt aus, daß dadurch nicht nur ein großer Teil des Waldes geopfert werden müsse, sondern, daß bei den zahlreichen Schaulustveranstaltungen in diesem unmittelbar an den Schloßgarten anseh. Teil der Hardtwalds, sowie den Schloßgarten selbst ein Massenverkehr gelenkt werde, der den Charakter der Anlagen als ruhige Erholungsstätte zunichte mache. Es wäre eine Verfündigung gegen den Geist des Stadtplanes, wenn man dem Schloß und dem Schloßgarten den eigentümlichen Reiz seiner Anlehnung an den tiefen Wald nehmen würde. Auch dem Bedürfnis der Sportvereine sei wenig gedient, wenn sie auf eine Gegend der Stadt zusammengedrängt werden und so für viele weite Wege dahin erforderlich würden. Die Sport- und Spielplätze sollen möglichst auf den Umkreis der Stadt so verteilt werden, daß jeder Stadtteil seinen möglichst günstig gelegenen Sportplatz erhalte. Die Anlage von Sport- und Spielplätzen im Hardtwald in beschränktem Umfang kämen nur für diejenigen Anstalten oder Vereine in Frage, deren Sportheim und Turnhallen heute schon in der Nähe des Schloßgartens liegen. Die großen Sportplätze erfordern auch eine solche Lage, die einen günstigen Anschluß der Straßenbahn ermöglichen. Ein solcher sei aber in dem Hardtwaldgebiet um den Schloßgarten herum, wohin keine eigentlichen Haupt- und Verkehrsstraßen führen, nicht durchführbar. Wenn einmal der Waldring als Verkehrsweg erstellt sei, bestünde die Gefahr, daß der Hardtwald, den die Forstverwaltung erneut in sorgsamster Pflege genommen habe, weiteren Eingriffen und Niederlegungen zum Opfer falle. Deshalb müsse auch von der Anlage der Ringstraße abgeraten werden, bis eine Lösung gefunden sei, die die Allgemeinheit mehr befriedigt als das

bestehende Plan, der bis jetzt doch mehr Widerspruch als Zustimmung gefunden hat.

Die beiden weiter vorgezeichneten Referate von Hrn. Stadtverordneten Rieger über Spiel- und Sportplätze, sowie von Architekt Dr.-Ing. R. Offenbrüggen über Flugplatzanlage, mußten der vorgeschrittenen Zeit halber auf den folgenden Disputationsabend verschoben werden.

Der geplante Ringanlage trat auch mit großem Nachdruck Geheimrat Klein von der Techn. Hochschule entgegen, der darauf hinwies, daß der von ihm seit 30 Jahren geschaffene Garten des botanischen Instituts durch die Ringstraße zerstört würde.

Bürgermeister Schneider

erwiderte etwa folgendes:

Er betonte vor allem nochmals, daß der Entwurf keinen fertigen und endgültigen Plan für die Ausführung darstellen solle, sondern nur Vorschläge und vorläufige Richtlinien und Grundlagen für die weitere Plangestaltung. Auf die vorgebrachte Kritik der allgemeinen Grundlagen des Entwurfs, insbesondere auch der Verkehrs- und Eisenbahnanlagen näher einzugehen, müsse er sich für den nächsten Abend vorbehalten, da heute die Zeit nicht ausreiche. Bezüglich der Bahnanlagen müsse er für heute nur das eine sagen, daß ein Gebante, den Personenbahnhof in späterer Zeit wieder zu verlegen, bei der Stadt nicht bestehe. Nur auf die Frage der Parkringanlage müsse er heute schon eingehen, da die Ausführung von Stadtrat und Bürgerausschuß beschlossen sei und mit derselben in den nächsten Tagen und zwar mit dem Durchbruch der Ringstraße durch den Hardwald begonnen werden soll. Aber die Anordnung und Zahl der Sportplätze im einzelnen könne noch geredet werden, etwa auch im Sinne des Vorschlags von Herrn Dr. Köfiker, der an Stelle der zahlreichen kleinen radial im Parkring angeordneten Spielplätze eine einheitliche geschlossene große Anlage vorschlägt, die sich außerhalb dieses Ringes an den nördlichen Scheitelpunkt deselben anlehnt.

Die Erklärung des Bürgermeisters Schneider, daß an der Durchführung der Ringstraße selbst nichts mehr zu ändern sei, da sie von den verantwortlichen Instanzen der Stadt endgültig beschlossen sei und in den nächsten Tagen mit den Arbeiten begonnen werde, erregte lebhaften Widerspruch bei der Versammlung. Bürgermeister Schneider trat diesem mit Nachdruck entgegen, indem er darauf hinwies, daß es sich um eine nach den Grundsätzen der Schönheit geplante Parkanlage handle, die seiner Überzeugung nach sicher einmal der Stadt zur Zierde gereichen werde.

Ein weiterer Disputationsabend über die angeregten Fragen ist auf Dienstag den 22. März in Aussicht genommen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

In der grundsätzlichen Vereinbarung, die zwischen Deutschland und Frankreich am 18. Februar getroffen worden war, war protokollarisch festgelegt worden, daß man sich zunächst über eine Basis für die Handelsvertragsverhandlungen endgültig einigen wolle. Die Vorverhandlungen, die auf deutscher Seite Ministerialdirektor Pöffe geführt hat, sind jetzt durch ein Protokoll abgeschlossen worden. Ministerialdirektor Pöffe ist daraufhin auf einige Tage nach Berlin gereist, um die Zustimmung der hiesigen Stellen zu diesem Protokoll herbeizuführen. Das Kabinett wird sich voraussichtlich morgen damit befassen. Aber den Inhalt des Protokolls wird einstweilen stillschweigend bewahrt.

Die preußischen Elektrizitätsunternehmungen

Zu der Meldung einiger Blätter über eine bevorstehende Neuordnung der preußischen Elektrizitätsunternehmungen teilt der „Demokratische Zeitungsdienst“ mit, daß bis jetzt im preußischen Handelsministerium lediglich ein Referentenentwurf aufgestellt worden ist, zu dem der Minister noch nicht Stellung genommen hat. Die Prüfung der neuen Pläne wird voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Ob die preußischen Elektrizitätsunternehmungen in Form einer Holding-Gesellschaft zusammengefaßt oder ob sie nach dem Muster der Preußag verschmolzen werden sollen, steht noch dahin. Vorerst soll es sich darum handeln, diejenigen Werke in einer Gesellschaft zusammenzubringen, bei denen die Neuregelung mit 100 Prozent des Kapitals beteiligt ist. Mit dieser Neuregelung soll auch eine Scheidung der Zuständigkeiten im Ministerium erreicht werden, das heißt eine möglichst klare Abgrenzung der hoheitsrechtlichen Kompetenzen von den wirtschaftlichen Interessen des preußischen Staates auf dem Gebiete der Elektropolitik.

Wieder Linksregierung in Mecklenburg

Der Mecklenburgische Landtag war Dienstag nachmittag zu Neuwahl des Ministeriums in Schwerin versammelt. Zum Ministerpräsidenten wurde wieder der Sozialdemokrat Schröder gewählt, der 25 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, der Arbeiter und der Kommunisten erhielt. Mit der gleichen Stimmenzahl wurde der bisherige Finanzminister Dr. Mölle gewählt. Der bisherige demokratische Justizminister Dr. Mölle erhielt 23 Stimmen, die gleiche Zahl der Kandidat der Rechten, der volksparteiliche Pastor Stammer. Es mußte zur Auslösung geschritten werden, bei der Dr. Mölle das Amt zufiel.

Der Landtag tritt am 22. März wieder zusammen, um einen Antrag auf Auflösung zu beraten.

Ein weiterer Vizepräsident für den Reichstag. Der Reichstagspräsident Lohde vermittelte vor Ostern seine Amtsgeschäfte nicht aufnehmen wird, und gerade in den nächsten Wochen zur Beratung des Haushalts Sitzungen am Vormittag und Nachmittag abgehalten werden sollen, wird laut „Täglicher Rundschau“ im parlamentarischen Kreise erzwungen, dem dritten Vizepräsidenten des Reichstages einen weiteren Vizepräsidenten für diese Zeit zur Seite zu stellen. Der Arbeitsrat wird in seiner nächsten Sitzung darüber entscheiden.

Deutschlands Reparationszahlungen. Nach dem Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen beläuft sich die Höhe der von Deutschland auf Reparationskonto geleisteten Zahlungen im Februar 1927 auf 94 909 578 Goldmark und im dritten Annuitätsjahre bis zum 28. Februar 1927 auf 558 989 219 Goldmark. Davon entfallen auf Frankreich 40 640 497 (282 503 034), auf England 20 162 784 (110 155 666), auf Italien 4 401 251 (33 197 760), auf Belgien 4 404 492 (33 666 854) und auf die Vereinigten Staaten 5 996 280 (40 474 720) Goldmark.

Die Fremdenlegionwerbungen im besetzten Gebiet. Die „Voss. Zig.“ meldet aus Frankfurt a. M.: Die deutsche Generalmerrie hat auf dem Bahnhof von Landau wieder einen Trupp Deutscher angehalten, die sich für die franz. Fremdenlegion verpflichtet haben. Es handelt sich um 6 junge Leute, die nach Feststellung ihrer Personaten wieder auf freiem Fuß gesetzt wurden. Als Führer kommt diesmal ein Deutscher in Frage, der es aber verstand, sich der Feststellung zu entziehen, indem er einen gerade in der Richtung Neustadt a. S. abfahrenden Zug bestieg, von dem er unterwegs absprang, weil er befürchtete, in Neustadt verhaftet zu werden.

Die Genfer Ratstagung

Die Dienstagverhandlungen des Völkervertrages

Die Vormittagsitzung des Völkervertrages am Dienstag begann gegen 10 1/2 Uhr und schloß wenige Minuten nach 11 Uhr, wobei sieben Punkte erledigt wurden. Einiges Interesse bot dabei die Frage des Presselimites des Völkervertrages in bezug auf die entsprechend dem Antrag der Bundesversammlung wurde, am 24. August d. J. eine Konferenz von etwa 40 Pressesachverständigen nach Genf einzuberufen. Die Ernennung des Vorsitzenden soll noch in dieser Tagung durch den Rat erfolgen. Auffällig bei dem Beschluß ist der Umstand, daß als Mitglieder an dieser Konferenz nur Direktoren von Zeitungen und Nachrichtenagenturen teilnehmen sollen, berufstätige Journalisten und Vertreter der journalistischen Organisationen jedoch nur als Beisitzer zugezogen werden sollen.

In der Frage der ostoberschlesischen Schulen wurde ohne Diskussion die Bildung eines Unterkomitees von drei Ratsmitgliedern bestehend aus Urrutia-Columbien, van Troostwijk-Holland und Scialoja-Italien beschlossen, das noch im Verlaufe dieser Tagung über die beiden Punkte, nämlich Beschwerde des Deutschen Volksbundes und Petitionen von 7041 polnisch sprechenden Oberschleslern, deren Kinder der Besuch deutscher Schulen versagt worden war, berichtet werden soll. Diese Frage dürfte in einer der nächsten Sitzungen den Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen bilden.

Chamberlain und Banderwelle bei Dr. Stresemann

Reichsminister Dr. Stresemann empfing am Dienstag nachmittag den Besuch von Banderwelle und Chamberlain. Dieser verweilte 1 1/2 Stunden bei Dr. Stresemann. Die weitere beabsichtigte Besprechung mit Briand wurde auf heute verschoben. Außerdem wird Reichsminister Dr. Stresemann heute eine Besprechung mit dem polnischen Minister des Äußern haben.

Die Annektion Bessarabiens und Italien

Im Mittelpunkt des politischen Interesses stand am Dienstag in Genf die Erklärung der italienischen Delegation über die Ratifizierung des Bessarabiens-Abkommens. Damit hat Italien der Annektion Bessarabiens durch Rumänien zugestimmt, wahrscheinlich auf Betreiben Englands. Italien, das England jetzt hilft, eine Front rings um Rußland zu errichten, sucht nun den schlechten Eindruck in Rußland abzumildern, indem es erklärt, daß die Ratifizierung keinerlei Unfreundlichkeit gegen das befreundete Rußland bedeuten solle.

Chamberlain über die englische Politik

Der englische Außenminister Chamberlain empfing Dienstag nachmittag in Genf die internationale Presse. Nachdem er einleitend allgemein darauf hinwies, daß die englische Weltpolitik sich absolut von Friedensgedanken tragen lasse, erklärte er durchaus bereit zu sein, die chinesische Angelegenheit vor den Völkervertrag zu bringen, wenn nur einmal die innerchinesischen Verhältnisse so weit abgeklärt seien, daß man wisse, mit wem man im Namen Chinas im Völkervertrag verhandeln könne. Dann verbeizte sich Chamberlain ziemlich scharf über die Haltung der russischen Regierung, von welcher die englische Regierung unbedingt eine Änderung erwarten müsse.

Chamberlain liegt offenbar daran, daß man in der Welt weiter fest an seinen Friedenswillen glaubt und nicht den Gerüchten glauben schenkt, daß England darauf aus sei, die übrige Welt zu einem gegen Rußland gerichteten Ring zu organisieren und zu einer Intervention in China zu bewegen. Zu der Nachricht von der Ratifizierung der Bessarabiens-betreffenden Konvention durch Herrn Mussolini, erklärte Chamberlain, daß er Mussolini nicht zu der Ratifizierung des Bessarabiens-Vertrages veranlaßt habe; er konnte in dessen nicht befreiten, daß seinerzeit in Livorno zwischen ihm und dem italienischen Diktator auch von Rußland die Rede war.

Werkwürdig ist Chamberlains Erklärung, daß die rumänisch-ungarische Streitfrage die einzige ernste Frage auf der gegenwärtigen Ratstagung sei. Chamberlain überging damit die Deutschland interessierenden Probleme von Saar-Oberschlesien usw. als nach seiner Auffassung minder ernste Fragen und spielte dann auf die Nebenbesprechungen an, mit der Feststellung, es bestehe die Meinung bei jedem Zusammentreffen von Außenministern der Großmächte und anderen Politikern, die Erweiterung einer neuen oder einer einschneidenden Wendung der bestehenden Politik zu erwarten; soweit die britische Regierung in Betracht komme, sei eine solche Absicht keinesfalls gegeben. Das englische Ziel sei die Herbeiführung eines wirklichen Friedens. Der erste große Schritt in dieser Richtung ist in Locarno gemacht worden. Er appelliere an die ausländischen Staatsmänner, die er während seiner Ministeramtstätigkeit gesprochen habe, um ihm zu bezeugen, daß er niemals anders als zur Versöhnung und zum Frieden geraten habe. Am Schluß seiner Darlegungen betonte Chamberlain, daß keine Änderung der englischen Politik in Aussicht genommen sei und daß keine neuen Verpflichtungen eingegangen worden seien.

Genf und die deutsch-polnischen Fragen

Sowohl in dem Programm der Ratstagung, wie in den politischen Besprechungen der führenden Staatsmänner, nehmen die deutsch-polnischen Fragen in Genf den ersten Platz ein. Mit der Ankunft des deutschen Gesandten in Warschau, Kaufser, in Genf, dem die des Leiters der Abteilung für die Fragen der Wanderarbeiter im preußischen Ministerium des Innern, Ministerialrat Rathenau vorangegangen war, und mit der ersten Behandlung der obererschlesischen Schulfrage in der gestrigen Ratssitzung, ist der Auftakt für die Erörterung dieser Angelegenheiten gegeben. Seit Montag weiß man von Bemühungen, die deutschen und die polnischen Vertreter an einen separaten Verhandlungstisch zu bringen. Ob es zu einem sachlichen Ergebnis kommt, steht bei der bisher beobachteten Intransigenz Polens keineswegs fest. Abschließend darf mit Rücksicht auf die Vielheit und Kompliziertheit der Probleme für Genf nichts erwartet werden, wo höchstens die Wiederaufnahme unterbrochener Verhandlungen vereinbart und vielleicht gewisse Richtlinien gezogen werden könnten. In der Angelegenheit des Handelsvertrages und des Niederlassungsrechtes, die beide nicht als politisch angesehen werden dürfen, würde eine etwaige Verständigung bei einseitigem Verhalten Polens allenfalls denkbar sein, dagegen ist in der Schulfrage ein reiner Rechtsfall zu entscheiden, dessen Regelung dem Rat auch dann obliegt, wenn die übrigen deutsch-polnischen Angelegenheiten aus dem Genfer Interessentkreis dem sie offiziell nicht angehören, wieder auf das Gebiet direkter Verhandlungen getragen werden sollten.

Genf und die Saarfrage

In der Saarfrage ist bisher im Rate selbst noch nichts geschehen. Dagegen ist von deutscher Seite denjenigen Ratsmitgliedern, die sich für die Frage besonders interessieren, der deutsche Standpunkt des näheren bekannt gegeben worden. In Völkervertragskreisen entwickelt sich die Auffassung, daß wohl nicht mehr mit einer Annahme des Kompromißvorschlages der Regierungskommission des Saargebietes in seiner vorliegenden Fassung zu rechnen sei. Die Entscheidung wird in der Schluß-Sitzung fallen, die kaum vor Samstag zu erwarten sein dürfte.

Kurze Nachrichten

Jagows Pensionsansprüche. Laut „Deutscher Zig.“ hat der wegen Hochverrat verurteilte Berliner Polizeipräsident v. Jagow gegen den seine Pensionsansprüche abweisenden Entscheid des Kammergerichtes Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Hochschultagung in Weimar. Eine öffentliche Tagung deutscher Hochschullehrer soll am 26. und 27. April in Weimar stattfinden und Grundfragen des öffentlichen Lebens und der Stellung der Hochschullehrer in ihm zu behandeln. Bereits am 23. und 24. April 1926 hat, angeregt durch Berliner Professoren, in Weimar eine improvisierte Zusammenkunft stattgefunden, bei der über das Verhältnis der Universitäten und Hochschulen zum heutigen Staate gesprochen wurde.

Ein Gnadengesuch für den Fremdenlegionär Klems. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat der zum Tode verurteilte deutsche Fremdenlegionär Klems, der Mitarbeiter Abd el Krims, durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Paris ein Gnadengesuch eingereicht.

18 Monate Zuchthaus für Müller. Der frühere Verwalter des feindlichen Bezirkes, Müller, wurde wie aus Newyork gemeldet wird, zu 18 Monaten Zuchthaus, die er im Zuchthaus von Atlanta (Georgia) zu verbüßen hat, und 5000 Dollar Strafe verurteilt. Da er sofort Berufung anmeldete, verblieb Müller unter Verhaftung der bisherigen Bürgschaft auf freiem Fuß.

Ein Vertrauensvotum für Poincaré. Poincaré forderte am Dienstag in der französischen Kammer die Ablehnung eines Antrages Auricol mit einem unbedingten und unabweisenden Vertrauen. Der Antrag wurde mit 353 gegen 189 Stimmen abgelehnt.

Der neue Rektor der Straßburger Universität. Im franz. Ministerrat wurde der Leiter der literaturwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Straßburg, Pfister, als Nachfolger des zum Rektor der Pariser Universität ernannten Charleth zum Rektor der Straßburger Universität ernannt.

Ablehnung des Vertrauensvotums im litauischen Sejm. Im litauischen Parlament brachten die Sozialdemokratische und die Volkssozialistische Fraktion gefordert ein Mißtrauensvotum ein. Für beide Anträge wurden je 36 Stimmen abgegeben. Da also die erforderlichen 43 Stimmen nicht aufgebracht wurden, ist das Mißtrauensvotum abgelehnt worden. Textilarbeiterstreik in Polen. Der größte Teil der Textilarbeiter von Lodz und seiner weiteren Umgebung ist in den Ausstand getreten, deren Zahl in Lodz allein auf 80 000 geschätzt wird. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Wohnungsfrage im Haushaltsausfluß

In der Dienstag-Sitzung des Haushaltsausschusses stand die Denkschrift über das Wohnungswesen zur Beratung. Der Berichterstatter Hg. Kildert (Soz.) erklärte sich gegen die vom Reiche geplante Mieterhöhung und schlug für 1927 eine Anleihe von 10-15 Millionen vor.

Innenminister Dr. Kemmelte teilte mit, daß der badische Vertreter im Reichsrat angewiesen worden sei, gegen die Erhöhung der Mieten zu stimmen. Man erwarte in Wäde eine klare Stellungnahme des Reiches zur Entschuldigungssteuer. Das Aufkommen der Gebäudebesondersteuer beträgt im Landesdurchschnitt pro Kopf der Bevölkerung M. 5,30; in den Städten steige es bis auf M. 11,35 und in einzelnen ländlichen Amtsbezirken falle das Erträgnis bis auf 75 Pf. Danach sei auch die finanzielle Möglichkeit zum Wohnungsneubau in den verschiedenen Wohnungsverbänden sehr verschieden. Das Kabinett schlage den Weg vor, der auch in Preußen gewählt worden sei: zum Teil Staatsanleihe, zum Teil Kommunalanleihe. Mit der Rheinischen Hypothekendarlehen der Bank an die Städte und Wohnungsverbände und 6,5 Millionen Staatsanleihe. Auf Anträgen aus der Mitte des Hauses gab der Minister bekannt, daß man an die Wohnungsverbände für erhöhte Darlehen an die Schwerkräftigen 174 000 M. gegeben habe, für linderreiche Familien 125 000 M. und für besondere Fälle 126 000 M. In die verbandsfreien Gemeinden habe man in derselben Reihenfolge 48 000 M., 20 000 M. und 12 000 M. gegeben. All diese Ziffern beziehen sich auf das Jahr 1926. Bei der Schlussabrechnung würden den Städten nicht 17 Proz., sondern nur 11 Proz. abgezogen. Den Wohnungsverbänden, die ein geringes Steueraufkommen hätten, würde man auch nur geringe Überweisungen gewähren.

Auf die Frage, ob die Regierung daran festhalte, daß bei der Abrechnung zwischen Land und Gemeinden ein Aufkommen von 80 Proz. des Soll-Betrages der Steuer zugrunde gelegt wird, erklärte Finanzminister Dr. Schmitt, daß bei der endgültigen Abrechnung das tatsächliche Aufkommen die Grundlage bilde, daß man aber auch jetzt bei der vorläufigen Abrechnung heruntergehe bis auf 20 Proz. des Steuer-Solls, wo es berechtigt sei. Es ist noch folgendes hervorzuheben: 64 Proz. der Bevölkerung wohnen in den Wohnungsverbänden, 36 Proz. in den verbandsfreien Städten. Dabei bringen die verbandsfreien Städte 73 Proz. der Steuer auf. Allerdings reichen in den Wohnungsverbänden die gewährten Gelder für den Bau von viel mehr Wohnungen als in den Städten; denn der Durchschnitt an öffentlichen Darlehen für eine Wohnung in den Städten beträgt 6900 M., während er in den Wohnungsverbänden sich auf nur 1400 M. bezieht.

Ein neues Hagelversicherungsgezet

Dem Landtag ist soeben ein Gesetzentwurf über die Förderung der Hagelversicherung zugegangen. Danach wird für die Zahlung der Zuschüsse, die nach der Übereinkunft der Regierung mit der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin zu leisten sind, eine Hagelversicherungsrücklage gebildet. Dieser Rücklage fließen zunächst 280 000 M. zu, die im Voranschlag 1926/27 für das Jahr 1927 als Zuschuß zur bisherigen staatlichen Hagelversicherung genehmigt sind, sodann die alljährlich im Voranschlag anzufordernden weiter erforderlichen Beträge. Aus der Rücklage hat auf Anweisung des Finanzministers die Staatsschuldenverwaltung die Zuschüsse zu leisten zu beauftragen. Die Zuschüsse sind so zu bemessen, daß die den badischen Versicherten zur Last fallende Rückversicherungsprämie für die Nachschußgefahr 66 Proz. seiner Retropremie nicht übersteigt. Das bisherige Gesetz wird aufgehoben, das neue Gesetz tritt am 1. Januar 1927 rückwirkend in Kraft.

Arbeitsplan des Landtags

Nach einem Beschluß des Vertrauensmännerrats beginnt der Verfassungsausschuß des Landtages am Montag, den 14. d. M. mit der Beratung der Kirchenvermögensgesetzes. Man hofft, die Beratung des Gesetzes im Ausschuß in der nächsten Woche zum Abschluß bringen zu können. Erst in der übernächsten Woche sollen dann wieder Vollsitzungen des Landtags stattfinden.

Evangelische Landessynode

D. Karlsruhe, 8. März.

Nachdem die Arbeitsausschüsse in den vorangegangenen Tagen oft bis tief in die Nacht hinein gearbeitet und eine Fülle von Anträgen erledigt hatten, trat heute nachmittag die Synode zur zweiten öffentlichen Sitzung zusammen. Als Vertreter der Regierung war Regierungsrat Pfal anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Präsident Dr. Keller den wiedergewählten Abgeordneten Geheimrat Dr. Uffhoff, Freiburg. Sodann übermittelte der Präsident die Grüße und Wünsche der badischen Regierungsglieder.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Entwurf eines kirchlichen Gesetzes, welches die Bezüge der Geistlichen, die Ruhestandsbezüge und die Hinterbliebenenfürsorge neu regelt. Nach lebhafter Aussprache wurde das ganze Gesetz im Sinne des Ausschusses gegen 10 Stimmen angenommen. Genehmigung fanden sodann vorläufig erlassene Gesetze, so u. a. über die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe und die Nachträge zu den allgemeinen Archenausgaben der letzten Budgetperiode. Alsdann wurde der Vorschlag der Regierung beraten und die dreijährige Budgetperiode gegen die Stimmen der Liberalen und des Volkskirchenbundes beschlossen. Bei dem Vorschlag der Zentralparochialvereine gab die Synode die Zustimmung. Die Anträge der Kirchenvereine Mannheim und des Volkskirchenbundes, die eine Abschaffung oder Milderung dieser Leistungen bezogen, wurden der Kirchenregierung als Material überwiesen. Das Budget der allgemeinen Kirchenkasse wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Durch vorläufige Kirchenbeschlüsse sind in Meersburg, wo die Gemeinde demnächst ihr 75jähriges Bestehen feiern kann, und in **Lobtau-Schönan** Kirchenvereine errichtet worden. Die Anträge des Verfassungsausschusses auf Genehmigung dieser vorläufigen Beschlüsse fanden Annahme. Eine Eingabe des Volkskirchenbundes in Freiburg wurde an die zu bildende Kommission für Verfassungsrevision überwiesen. Demnach fand noch ein Antrag auf Schaffung eines **Kirchengerichtshofes**, der nach der Art des staatlichen Verwaltungsgerichtshofes in kirchlichen Rechtsfragen entscheiden und sich gutachtlich äußern soll, einstimmige Annahme. Die Kirchenregierung soll der nächsten Synode eine Vorlage unterbreiten.

Alsdann wurde die Synode mit Gebet geschlossen.

Intern. Bodenseefischerei-Verband

Im Sitzungssaal des alten Rathauses in Lindau fand die Jahresversammlung des Internationalen Bodenseefischerei-Verbandes statt. Zur Regulierung des Bodenseefischereiwesens wurde vom Vorsitzenden, Oberregierungsrat **Girshberg-München**, vorgeschlagen, an sämtliche Uferregierungen mit der Bitte heranzutreten, sie möchten bei der Genehmigung des Projektes die Wohnung machen, daß alle Schäden, die der Fischerei beim Bau und innerhalb 5 Jahren nach dem Bau der Uferkorrektur entstehen, eine Entschädigung geleistet wird, jedoch unter Ausschluss des Rechtsweges. Anfang Mai soll in dieser Sache eine große Fischereierinteressen-Versammlung in Friedrichshafen stattfinden. Ferner setzte sich die Versammlung für die Beseitigung der Motorzüge ein.

Beschleunigte Personenzüge auf der Hällentalbahn

Auf der Hällentalbahn Freiburg-Donaueschingen erschien im letzten Sommer erstmalig zunächst nur in der Richtung nach Freiburg ein beschleunigter Personenzug, während der Gegenzug noch überall hielt. Es wird nun angestrebt, auch den Gegenzug zu beschleunigen und beide Züge in unmittelbarem Anschluß an die gleichartigen Züge der Schwarzwaldbahn Frankfurt-Erberg-Konstanz zu bringen, wodurch sich nach allen Richtungen gute Verbindungen ergeben, und zwar sollten diese Züge wie auf der Schwarzwaldbahn ganzjährig und nicht nur über die Hauptfahrrouten laufen.

Zum Lohnstreit in der badischen Textilindustrie

Der Lohnstreit in der badischen Textilindustrie ist, wie aus Freiburg berichtet wird, durch Abkommen mit den Gewerkschaften beendet worden. Der für verbindlich erklärte Schiedsspruch ist durch einen in freier Vereinbarung abgeschlossenen neuen Lohnvertrag ersetzt worden, der alle zweifelhaften Punkte regelt. Der neue Tarif ordnet die Lohnverhältnisse bis zum Spätherbst. Für den Fall, daß bis zum 1. Juni eine 10prozentige Erhöhung der gesetzlichen Miete eintreten sollte, ist von diesem Datum ab ein fester Zuschlag zum Lohn vereinbart worden.

Gemeinde-Rundschau

Änderung der Geschäftsordnung für den Mannheimer Bürgerausschuß. Oberbürgermeister Dr. Kuger in Mannheim hat folgenden Antrag an den Bürgerausschuß gestellt: Die Geschäftsordnung für den Bürgerausschuß erhält als § 15a folgende Fassung: § 15a. Für die Feststellung des Haushaltsplanes gelten die allgemeinen Bestimmungen des § 15. Der Bürgerausschuß kann jedoch beschließen, daß eine zweite Lesung stattfindet. Für Anträge, einen solchen Beschluß zu fassen, gelten die Bestimmungen des § 13. Der Antrag kann spätestens unmittelbar nach Beendigung der Beratungen gestellt werden. Hat der Bürgerausschuß eine zweite Lesung beschlossen, so findet diese in der Regel an einem der folgenden Tage statt. Die 2. Lesung hat die Bedeutung, daß zu einzelnen Ansätzen des Haushaltsplanes Anträge gemäß § 15 Abs. III mit der Wirkung gestellt werden können, daß über diesen Ansat noch einmal abgestimmt wird. Der Antrag muß schriftlich eingereicht werden; dies soll spätestens 6 Stunden vor Beginn der Sitzung geschehen. Zu solchen Anträgen kann lediglich einer der Antragsteller, der Stadtverordnetenversammlung und ein Redner, der den Antrag bekämpft, das Wort erhalten. Die Rechte des Oberbürgermeisters gemäß § 12 bleiben unberührt.

Der Bürgerausschuß **Schattbach** (bei Wiesloch) hat den Gemeindeveranschlag für 1928/27 mit einem ungedeckten Aufwande von 20 578 M. abermals abgelehnt, da sich die Mehrheit nicht zu einer Steigerung des Umlagefußes von 55 auf 90 Pf. entschließen konnte. Jetzt wird das Bezirksamt das letzte Wort zu sprechen haben.

Oberbürgermeister Dr. Meißner in Bruchsal vollendet am heutigen Mittwoch sein 50. Lebensjahr. Seit 13 Jahren steht er an der Spitze der Stadtverwaltung. Am 10. Januar 1914 wurde der damalige Gerichtsassessor zum Oberbürgermeister gewählt. 1922 erfolgte seine ehrenvolle Wiederwahl. Daß die harten Stürme der Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren ungezählten Gemüts- und Widerwärtigkeiten ohne allzu starke Erschütterungen des Gemeinbewusstseins vorübergegangen, das ist nicht zum mindesten der verständnisvollen Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Bürgerschaft zu verdanken, der die gewissenhafte und streng sachliche Amtsführung Dr. Meißners nach Kräften Vorschub leistete.

Lebung des Fremdenverkehrs in Freiburg. Die Stadt Freiburg beabsichtigt, in Verbindung mit dem Kreis Freiburg und dem Verkehrsverein für den Schwarzwald, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Lebung des Fremdenverkehrs zu gründen. Das Stammkapital soll 30 000 Reichsmark betragen, wovon die Stadt voraussichtlich — vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Kollegien — 16 000 Mark aufbringen wird. Man rechnet mit dem Beitritt des Vereins Schwarzwälder Gastwirte zu dem Unternehmen. Außerdem wird auch der Beitritt von Gemeinden erhofft. Neben der Förderung aller den Fremdenverkehr betreffenden Fragen ist als eine der Hauptaufgaben der neuen G. m. b. H. die zeitgemäße Ausgestaltung der Zeitschrift „Schwarzwald und Oberrhein“ vorgesehen.

Bürgermeisterwahl. Bei der in Dossenbach (Amt Schopfheim) am Sonntag abgehaltenen Bürgermeisterwahl wurde Eugen **Bähler-Trinker** mit 107 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Abgegeben wurden 130 Stimmen.

Leibesübungen für erwerbslose Jugendliche.

Die ungeheure Welle der Arbeitslosigkeit, die schon seit mehr als einem Jahre über der deutschen Wirtschaft liegt, hat in erheblichem Umfange auch die Jugend erfasst. Die Statistik zeigt, daß allein in den Arbeitsnachweisen und bei der Erwerbslosenfürsorge mehr als 50 000 jugendliche Erwerbslose gezählt werden. Aber diese Ziffer ist in noch höherem Grade unvollständig als die allgemeinen Erwerbslosenziffern. Denn gerade unter den erwerbslosen Jugendlichen wird die Zahl dieser sehr groß sein, die keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben und auch in den Arbeitsnachweisen nicht gemeldet sind. Eine Schätzung der Zahl der erwerbslosen Jugendlichen im Alter bis zu 18 Jahren auf 100 bis 150 000 ist nicht zu hoch. Die demoralisierende Wirkung dauernder Entwürdigung von regelmäßiger Berufsarbeit ist gerade bei den Jugendlichen besonders groß. Notstandsarbeiten und Fortbildungskurse bringen nur für einen kleinen Teil von ihnen Rettung vor den Gefahren der Strafe und des unlästigen Lebens. Wohl aber ist es möglich, durch Einrichtung besonderer Spiel- und Sportkurse die Gesamtheit der Jugendlichen zu erfassen und sie auf diese Weise vielen Gefahren, die mit der dauernden Beschäftigungslosigkeit verbunden sind, zu entziehen.

Vorbildliche Einrichtungen auf diesem Gebiet hat die Stadt Düsseldorf geschaffen. Das Düsseldorfer Arbeitsamt richtete zunächst für die erwerbslosen Jugendlichen regelrechte Pflicht- und Sportkurse ein. Sie bestanden in Unterricht in Übungen im Schwimmen, Sprung, Stoß, Lauf und Spiel. Anfangs war der Besuch der erwerbslosen Jugendlichen unregelmäßig und unpünktlich. Aber bald erwachte das sportliche Interesse, und die Teilnehmer gewöhnten sich an Ordnung und Pünktlichkeit. Damit aber war schon viel gewonnen. Die Stadt stellte die Gelder für die Beschaffung von Sportkleidung zur Verfügung, die nach Beendigung der Kurse in den Besitz der regelmäßigen Teilnehmer übergeht. Die Wiederherstellung der gefährdeten Jugend und ihre Beschäftigung sind die großen Ziele, die mit diesen Kursen erstrebt werden, und sie lohnen wahrhaftig die notwendigen Opfer an Geld und Mühe!

Andere rheinisch-westfälische Städte, wie Köln und Duisburg, haben das Düsseldorfer Beispiel nachgeahmt. Je mehr die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen ansteigt, desto notwendiger ist es, überall ähnliche Einrichtungen zu schaffen, durch welche die unartige Jugend der arbeitenden Stände körperlich erfrischt und moralisch gestärkt wird, damit sie später wieder gesunde und vollleistungsfähige Mitglieder der deutschen Arbeitsarmee werden können.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Ein um die badische Pferdezeitung hochverdienter Mann, Veterinärarzt **Friedrich Bayerbäcker**, der seit 35 Jahren als Direktor an der Spitze des städtischen Schlachthofes und Viehhofes stand, ist nach kurzer Krankheit im Alter von 63 Jahren gestorben.

Zum Volkstraum. Wie im vergangenen Jahre, so wird auch diesmal das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am Volkstraumtage eine besondere Gedächtnisfeier auf dem Ehrenfriedhof veranstalten.

Colosseum. Fünfundzwanzigmal geht der Vorhang herauf und herunter, bis die neue Revue „Wieder Retropol“ im Colosseum vorüber ist. Man kann sich jedenfalls über Mangel an Abwechslung nicht beklagen, auch nicht über zu gemäßigtes Tempo beim Ablauf der einzelnen Bilder. Diese sind freilich so, daß ihre Wirkung kaum länger als einige Minuten anhält. Es ist alles gar schnell zusammengepackt, ein momentaner angenehmer Augen- und Ohrenschmaus mit vielartigem Drum und Dran. Besten Aspekt bieten diesmal die Girls, für deren tänzerische Darbietungen die Konjunktur immer noch sehr günstig scheint. Sie tragen überdies Kostüme, die sich selbst bei stärkster Scheinwerferstrahlung sehen lassen können. Es gibt anerkundet hübsche Überwachsungen, bei denen jeder Genießende auf seine Kosten kommt. Stoffreichtum ist allerdings nicht das Wichtigste daran, dennoch bleiben die geschmackvoll angelegten Farbenunterchiede nicht ganz unwesentlich für den augenfalligen Gesamteindruck. Weniger günstig sind die diversen Soloeinlagen, sie leiden alle mehr oder minder darunter, daß dem Ganzen die schlagkräftige Idee fehlt. Schwungvolle, leiterfähige Fröhlichkeit läßt sich eben nicht so ohne weiteres durch äußeren Aufwand erzielen. Auch bei der bunten Rüte konnte man den Dauerwert dieses Karnevalsputzes für große Kinder begreifen, gleichwohl durfte sich der fröhliche Intellekt dort über etliche geistreiche Pointen freuen, und herzlich lachen, während jetzt bei dem angeblich von Friedrich stammenden Text die Darsteller nur mühsam so etwas wie Stimmung ausbalancieren. Will man schon in „die Provinz“ die Segnungen einer großstädtischen Revue bringen, so sollte man immerhin auf eine wichtige Rahmenhandlung größeren Wert legen. Am Rand verdienen u. a. bemerkt zu werden **Les Morgenstern**, **Charlie Brad**, **Else Berna** und **Gerda Schröder**. Die Ausführung des musikalischen Teils ist leider recht mäßig; wenn der nächste Saal des Colosseums, wie man hört, in absehbarer Zeit eine vollständige zeitgemäße Erneuerung erhält, dann muß unbedingt auch am Hausorchester eine entsprechende Auffrischung vorgenommen werden, damit die abwertenden Ansätze zur Kabarettbühne — das Colosseum will sich anscheinend immer mehr nach dieser Seite orientieren — die nötige akustische Resonanz finden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auch gestern Nachmittag zogen mehrere Regenschauern über Baden, die stellenweise ziemlich ergiebige Niederschlagsmengen lieferten. In den höheren Lagen des Schwarzwaldes fallen die Niederschläge infolge des Temperaturrückgangs der letzten Tage wieder meist als Schnee. Die Wetterlage unseres Landes wird weiterhin von dem nördlichen Tiefdruckgebiet beherrscht und bleibt daher unbeständig. Voraussichtliche Witterung für 10. März: Unbeständig mit einzelnen Stridregnen, Temperaturen wenig verändert.

Die Gasversorgung der Städte

Das Statistische Reichsamt hat unter Benutzung der Meldungen der städte-statistischen Ämter eine interessante Übersicht über die Gasversorgung der städtischen Bevölkerung angefertigt, die gerade gegenwärtig deswegen von besonderer Bedeutung ist, weil die Pläne einer in enger Verbindung mit den Kohlenzügen stehenden Ferngasversorgung demnächst eine wesentliche Änderung der Lage der kommunalen Gasversorgung mit sich bringen werden.

Bisher lag die städtische Gasversorgung fast ganz in den Händen der kommunalen Selbstversorgung. Selbst dort, wo sich schon Ansätze zu einer Ferngasversorgung entwickelt haben, ist in der Hauptsache das Expansionsbedürfnis der großstädtischen Werke das treibende Moment gewesen, so z. B. in Kassel, Mannheim, Stuttgart usw. Nur die besonderen Verhältnisse im Ruhrgebiet haben bisher auf dem Gebiete der Gasbewirtschaftung eine Durchbrechung des Prinzips der städtischen Selbstversorgung gebracht. Hier hat die gemeinsame Versorgung von den Jochengentallen aus begonnen, sich Bahn zu brechen. Essen, Witten, Bochum, Mülheim und Münster haben keine eigene Gaserzeugung mehr. Das bisher im Ruhrgebiet noch bestehende Werk Dortmund hat vor kurzem die eigene Erzeugung stillgelegt und ist zum Kofereigasbezug übergegangen. Trotzdem hat sich die Ferngasversorgung selbst im Ruhrgebiet noch nicht restlos durchgesetzt. Die im Ruhrgebiet oder in seiner nächsten Nähe liegenden großen Gasanstalten Duisburg und Düsseldorf haben z. B. sogar ihre eigenen Erzeugungsanlagen vor kurzem ganz neu ausgebaut.

In den von der Statistik des Reichsamts erfassten Großstädten betrug der Gesamtinhalt aller Gasbehälter im Berichtsjahr 1925/26 6 948 000 Kubikmeter, und die Länge des Hauptrohrnetzes wird auf 20 264 Kilometer berechnet. Die Zahl der Hausanschlüsse betrug (ohne Berlin, Köln, Dortmund, Königsberg, Altona und Bochum, für die Angaben nicht zu erhalten waren) 536 678, die der Gasabnehmer 3 952 600 und die der angeschlossenen Gasmeter über 4 Millionen. Bei einer Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes von rund 16 Millionen Köpfen belief sich die Eigenerzeugung im Berichtsjahr auf rund 1790 Millionen Kubikmeter, und der Fremdgasbezug auf 165 Millionen Kubikmeter, so daß insgesamt nahezu 2 Milliarden Kubikmeter Gas für die Versorgung der Großstädte zur Verfügung standen. Die gesamte Gasabgabe betrug 1960 Millionen Kubikmeter, wovon 139 Millionen als Abgabe für Straßenbeleuchtung, 1627 Millionen als Abgabe für Haushaltungen und technische Zwecke und 136 Millionen als Selbstverbrauch und Verlust ermittelt wurden. Der Verbrauch an Bergungsmaterial in den kommunalen Gasanstalten betrug insgesamt 4 072 000 Tonnen Kohle, 145 000 Tonnen Holz und als Zusatzmaterial geringe Mengen Öl. Aus dieser Zahl ergibt sich nebenbei auch die große Bedeutung der Gasversorgung für die deutsche Kohlenwirtschaft.

Im allgemeinen nimmt die Intensität der Gasversorgung mit der Größe der Städte zu. Das Verhältnis der Hausanschlüsse zu je 100 vorhandenen Wohnhäusern ist mit 95,8 Prozent und 97,8 Prozent am höchsten bei den Städten mit über 500 000 und denen zwischen 300 000 und 500 000 Einwohnern. Es sinkt auf 76 Prozent bei den Städten von 200 000 bis 300 000 Einwohnern, um bei den Städten unter 200 000 Einwohnern wieder auf 81,8 Prozent zu steigen. Auf je 100 Einwohner entfallen in den Städten von über 1 Million Einwohnern zu 33,8 Gasabnehmern, in den anderen Großstädten nur zwischen 19,1 und 21,9 Gasabnehmern.

Die auf den Kopf der Bevölkerung des Versorgungsgebietes entfallende Gasmenge betrug im Durchschnitt 121,8 Kubikmeter, der auf je einen Abnehmer entfallende Gasverbrauch 493,6 Kubikmeter. Der Gasverbrauch je Kopf der Bevölkerung ist am stärksten in den Millionenstädten, der Gasverbrauch je Abnehmer in den Städten zwischen 300 000 und 500 000 Einwohnern, ohne daß ein Einfluß der Größe der Städte auf den Gasverbrauch erkennbar wäre.

Zwischen Gas und Elektrizität herrscht ein gewisser Wettbewerbskampf, als die Versorgung mit elektrischem Strom sich dort am wenigsten verbreiten konnte, wo die Gasversorgung am besten durchgeführt ist, und als umgekehrt, die elektrische Energie in der großstädtischen Versorgung um so rascher vorgebrungen ist, je weniger die Gasversorgung ausgebaut war. Eine Arbeitsteilung findet dort, wo Gas und Elektrizität zusammenfließen, in der Regel derart statt, daß die Elektrizität überwiegend der Industrieversorgung, die Gaswirtschaft dagegen einer besseren Versorgung der Privathaushalte sich zuwendet.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Bruchsal, 9. März. In Suttentheim (Amt Bruchsal) brachte der Gesangsverein „Eintracht“ einem nach Amerika auswandernden Mitgliede zum Abschied ein Ständchen. Einige junge Mädchen benutzten die Gelegenheit, um aus zwei mit Sprengstoff gefüllten Wörtern Schüsse abzugeben. Dabei explodierte ein Wörfer. Zwei Damen wurde je ein Bein abgerissen. Die eine von ihnen schwabte in Lebensgefahr. Die Läten wurden festgenommen.

Konstanz, 8. März. Am 8. März 1917, also heute vor zehn Jahren, schloß nach einem arbeitsreichen Leben **Graf Jepselin** in Charlottenburg seine Augen für immer. Zu Ehren des großen Sohnes der Stadt Konstanz — Graf Jepselin erblickte am 8. Juli 1838 hier im heutigen Jepselhotel das Licht der Welt — fand im Rahmen der Kulturveranstaltungen in den Palastlichkeiten hier eine schlichte Gedenkfeier statt, an der u. a. auch Oberbürgermeister Dr. Mörike teilnahm. Im Anschluß an die Feier kam der Film im Flugzeuge über Konstanz zur Vorführung. Am heutigen Vormittag ließ der Verein für Luftfahrt am Robenfee für den Verstorbenen am Jepselindenkmal einen Kranz niederlegen.

Zeitschriftenschau

Die **Kölnische Illustrierte Zeitung** ist in ihrer neuesten Nummer (Nr. 10) wieder ein Musterbeispiel von Reichhaltigkeit und Güte des Stoffes. Ein Wiederauflauf „Zwischen Mensch und Rolle“ zeigt bekannte Bühnenkünstler in den Augenbildern vor ihrem Auftritt und plaudert von der psychologischen Umwandlung, die den Darsteller in das vom Dichter erfommene Traumland gleiten läßt. In einem weiteren Aufsatz werden wir in Text und Bildern über japanische Teahausniten unterrichtet. Der Frau ist eine Abhandlung „Pariser Modeball“ gewidmet, die ein Bild von dem Glanz und Reichtum des Bal de la Couture im Pariser Opernhaus gibt und die reizvollsten Modelle erster Pariser Modenhäuser zeigt. Ein wenig beachtetes Land, Alaska, das gerade durch seine Unberührtheit dem modernen Kulturmenschen interessant sein muß, wird dem Leser in einem doppelseitigen Bilderstoff von Dr. Koch-Bawza nähergebracht. An den 100. Todestag des großen Physikers Volta, dem sein Heimatland jetzt eine Ehre in Gestalt einer Hundertjahrfeier und einer Ausstellung, an der auch deutsche Firmen beteiligt sind, bereitet, erinnert ein illustrierter Artikel. Auch ein Aufsatz „Soldatengräber in Flandern“ berücksichtigt die ernste Note. An das Berliner Reiz- und Fahrturnier knüpft ein Aufsatz aus berufener Feder an, „Springstudien“ betrieht, mit Bildern besamter Reiter. Der Heimatstadt der Kölnischen Illustrierten Zeitung ist ein Aufsatz „Köln im Schnee“ gewidmet. Dem Abbau des Karnevals wird ein Wiederauflauf gewidmet.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	9. März		8. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.52	168.94	168.50	168.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.47	112.21	112.39
Italien . . . 100 L.	18.675	18.715	18.635	18.675
London . . . 1 Pf.	20.434	20.486	20.441	20.493
Newyork . . . 1 D.	4.2110	4.2210	4.2120	4.2220
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.045	81.245	81.015	81.215
Wien . . . Schilling	59.28	59.42	59.28	59.42
Prag 100 Kr. 100	12.455	12.505	12.47	12.51

Offenburger Weinmarkt. Der am Dienstag in Offenburg abgehaltene 49. Weinmarkt war aus dem ganzen Lande außerordentlich gut besucht. Das Angebot war zwar mit Rücksicht auf die quantitative geringe Ernte 1926 gegenüber den Vorjahren zurückgeblieben, um so größeres Interesse zeigte sich für die vorhandenen Sorten. Die Preise waren im allgemeinen fest. Der Ortenauer Wingerverein, der sonst das Hauptquantum für den Markt stellte, hatte nur 99 Hektoliter und etwa 200 Flaschen Rotwein angeboten. Für einen einzelnen Posten von 5 Hektoliter der Wingergenossenschaft Namerweiner wurden 180 M. für den Hektoliter verlangt. Sonstige Ortenauer Rotweine, unter denen solche der Freiherrlich-Frankensteinschen Gutsverwaltung und des Andreasplatzs Offenburg bevorzugten Absatz fanden, erzielten 170—250 M. pro Hektoliter. Affentaler und Kappelroderer Rotweine, darunter ältere Jahrgänge von 1921 kosteten durchweg über 200 Mark. Später Burgunderrotwein aus dem Kaiserstuhl war reichlich zu 110—150 M., Auslese zu 180—190 M. angeboten. Die Preise mittlerer Lagen waren auch Ortenauer Oerforten wie Klingenberg und Nebner. Ein Posten Klingenberg war zu 160 angeboten, die übrigen erzielten sämtlich zwischen 180—260 pro Hektoliter. Schloß Stauffenberg, Freiherrlich Jörn von Bulach'sche Gutsverwaltung und Wachstum

Freiherrlich von Rebe in Durbach führten in Qualität und Preis. Muländer aus dem Besitz des Prinzen Max von Baden und Weiser Vorbeug der Jörn von Bulach'schen Gutsverwaltung erreichten 320 M. pro Hektoliter. Leichtere angeboten wurden verschiedene Kaiserstuhl'sche Sorten, Weißwein Silberner Früh- und Spätlese. Die Preise bewegten sich zwischen 100 und 150 M. pro Hektoliter. Aus dem Markgräfler Land waren 380 Hektoliter aus verschiedenen Gegenden da, meistens aus dem Jahre 1926, bereinzelt auch 1923/24. Auch die Markgräfler waren billiger als die Ortenauer Weine. Der Geschäftsgang war trotz der hohen Preise sehr reger.

Gutes Ergebnis der Daimler-Benz-Anleihe. Von dem aufgelegten Betrag von 20 Mill. RM. 5proz. Obligationen der Daimler-Benz A.-G. sind, wie aus Stuttgart gemeldet wird, über 90 Prozent des Betrages in Sperrkassen gezeichnet worden, so daß die anderen Zeichnungen nur in beschränktem Umfang berücksichtigt werden können.

Verschiedenes

Das neue Erdbeben in Japan

Stellt sich als furchtbare Katastrophe heraus. Das japanische Ministerium des Innern gibt bekannt, daß infolge des Erdbebens im Kango-Bezirk 276 Personen getötet, 344 verletzt wurden. Tausende von Häusern sind eingestürzt und durch Feuer zerstört worden. Hauptächlich haben Frauen u. Kinder schwer gelitten, obgleich Truppen, Polizei u. Jugendberoeinungen Hervorragendes leisteten, um ihr Leben zu sichern. Die Bemühungen, Vorräte herbeizuschaffen, werden durch die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs behindert. Nur wenige Fabriken und andere industrielle Anlagen haben Schaden erlitten. In Kobe und Osaka wurden Verluste an Menschenleben und Verletzungen dadurch verursacht, daß die Menschen, von einer Panik ergriffen, aus den Fenstern sprangen.

Menschenfressende Zigeuner

In der Ostslowakei wurde eine 27köpfige Zigeunerbande verhaftet, die nicht weniger als zwölf Menschen ermordet und fünf Leichen verzehret hat. Wie aus Kaschau gemeldet wird, handelt es sich um das Zigeunerlager eines gewissen Filto,

bestehend aus 12 Männern und 14 Weibern und Kindern. Die Gendarmerie hat an den von den Verhafteten bezeichneten einstigen Lagerstätten der Zigeunerbande nachgegraben und tatsächlich Menschenknochen gefunden, die der Staatsanwaltschaft übergeben wurden. Die Bande, die monatelang ihr Unwesen getrieben hat, hat vorläufig nur zwölf Morde eingestanden, doch besteht der begründete Verdacht, daß die Zahl bei weitem größer ist, da in der letzten Zeit zahlreiche Personen in der Ostslowakei spurlos verschwunden sind. Die Zigeuner suchten am liebsten die Plätze auf, die von den aus Ungarn kommenden Schmugglern besucht werden, und wählten unter diesen Schmugglern ihre Opfer aus. Wie die Zigeuner eingestanden haben, wurden von ihnen fünf Opfer, nämlich vier Frauen und ein Mann aufgefressen. Ihr Speisezettel bestand bei diesem Menschenfraß aus Kartoffelsuppe, gekochtem Menschenfleisch und eingemachtem Reis.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Befördert:
Regierungsrat Ferdinand Steiger beim Bezirksamt in Karlsruhe an das Bezirksamt in Konstanz und Regierungsrat Walter Schäfer beim Bezirksamt in Bruchsal an das Bezirksamt in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Reichsbankbaurat Otto Sauter in Berlin mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an zum Direktor der Kunstgewerbeschule Pforzheim unter Verleihung der Amtsbezeichnung Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Pforzheimer Schule.

Befördert:
Polizeiwachmeister Josef Schlatterer in Mannheim.

Oeffentliche Sparkasse Landau.

Bilanz per 31. Dezember 1925.

Aktiva.		Passiva.	
	RM		RM
Kassenbestand	2 473.78	Spareinlagen	137 374.04
Postguthaben	1 057.11	Giroeinlagen	106 902.97
Schuldverschreibungen	42 483.85	Darlehen:	
Kredite in laufender Rechnung	433 995.79	Girozentrale Mannheim	202 623.65
Hypothekendarlehen	13 200.—	Girozentrale Karlsruhe	11 974.09
Betriebskapital: Girozentrale Mannheim	4 000.—	Schuldfonds:	
Biegeschaften	5 417.05	Girozentrale Mannheim	25 000.—
Abreibung	417.05	Aufwertungsconto	11.—
Inventar	1 915.55	Rücklagenkonto	6 768.48
Abreibung	1 914.55	Reservefonds:	
Wertpapiere	1.—	Stand	3 417.84
		Zugang	8 140.46
			11 558.30
	502 212.53		502 212.53

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.		Haben.	
	RM		RM
Verwaltungskosten	8 660.74	Zinsen	19 647.87
Neubau-Inkosten	483.70	Provisionen	7.83
Gewinn:			
Abreibung Inventar	1 914.55		
Abreibung Material	39.20		
Biegeschaften	417.05		
Reservefonds	8 140.46		
	19 655.70		19 655.70

Der Verwaltungsrat.

Arbeits-Bergebung.

Für die Erweiterung d. Maschinenbauabteilung der Techn. Hochschule, Hörsaalbau mit Kraftwagenlaboratorium, werden nach Verordnungen des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922, 22. Juli 1924 und 12. März 1926 öffentlich vergeben:

1. Maschinenbauarbeiten, Gas-, Wasser- und -Ableitung sowie die Installation von Licht- und Kraftleitungen, Holzkohlenheizung.

2. Zeichnungen und Bedingungen liegen v. 10. 3. 1927 bis einschließlich 21. März 1927 auf unserem Geschäftszimmer Stefanieng. 28 während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf.

Verband von Angeboten nach auswärtig u. Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht.

Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am 24. März 1927, vorm. 10 Uhr.

Karlsruhe, den 1. März 27. Bezirksbauamt.

Öffentliche Vergabung. der Wäpfer, Schloffer, Schreiner, Glaser, Tücher, Installationsarbeiten und der Holzkohlenheizung für die Erweiterung des Instituts auf der Sternwarte bei Heidelberg nach Verordn. v. 27. 7. 22 vorbehaltlich der Genehmigung durch das Ministerium. Unterlagen

Bezirksbauamt Heidelberg Zimmer 3, vom. 8—12 Uhr. Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift v. Donnerstag, den 24. März 1927, vorm. 9 Uhr, an das Bezirksbauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 6 Wochen. Heidelberg, 7. 3. 1927. Bad. Bezirksbauamt.

Verdingung von Pflasterarbeiten. Das Wasser- und Straßenbauamt Donauerschingen vergibt die Pflasterarbeiten für 6 750 qm Kleinpflaster ohne Steinlieferung für d. Landstraßen Nr. 28 und 38 innerhalb der Stadt Billingen. Angebotsordrude werden von obigem Bauamt abgegeben. Die Bedingungen liegen ebenda u. 6. Straßenmeister in Billingen auf. A. 28

Angebote sind bis spätestens Montag, den 28. März 1927, verschlossen in entsprechender Aufschrift beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen.

Resi-denz Lichtspiele Waldstraße 190

Der große Lacherfolg
Im weißen Röhl
7 riesig lustige Akte
und Beiprogramm

Detektiv u. Privat-Auskunft
Argus Mannheim
O. 6. 6
Planken
Telefon 33505
A. Maier & Co., G.m.b.H.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 10. März 1927

* E 18
(nicht Donnerstagnachte)

Die lustigen Weiber von Windfor

von Otto Nicolai
Musikl. Leitung: J. Krips
In Szene gef. von O. Krauß

Falstaff Schuster
Herr Klug Behr
Herr Reich Rander
Fenton Ruf
Spärlich Siegfried
Doktor Cajus Böfer
Frau Klug von Ernst
Frau Reich von Ernst
Anna Blant
Kellner Lindemann

Tanz einstudiert von
Edith Viefelsfeld
Anfang 7 1/2, Ende geg. 10 1/2
I. Sperrst. 11. 7.—
Fr. 11. März
Wie es euch gefällt
Sa. 12. März zum ersten
Male: Donaparte

Frühjahrs-Neuheiten

in
Herren- und Damen-Stoffen
in
allen modernen Webarten und Farben
von den einfachsten bis zu den feinsten Qualitäten
zu den billigsten Preisen

Wolle Seide Baumwolle

Das Spezial-Geschäft

Leipheimer & Mende

Beethoven-Seier des Staatsministeriums in der Festhalle.

Proben der eingeladenen Chöre zur 9. Sinfonie:
Jeden Mittwoch- und Freitag-Abend auf der Probe-
bühne des Landestheaters (Damen 7 1/2 Uhr, Herren
8 1/2 Uhr). Die erste Probe findet am Mittwoch, den
9. März statt.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Nachdem unter dem Vordstand des Städt. Gutshofes in Durlach die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, werden hiermit folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk.
Der Städt. Gutshof in Durlach mit seinen Zufuhr-
straßen bildet einen Sperrbezirk mit den aus § 161 ff
der Ausführungsbestimmungen zum Reichsviehseuchenge-
setz sich ergebenden Wirkungen.

B. Beobachtungsgebiet.
Die Gemarkung Durlach rechts der Pfingz bildet das
Beobachtungsgebiet mit den aus §§ 165 der Ausführungs-
bestimmungen zum Reichsviehseuchengesetz sich ergebenden
Wirkungen.

C. Gefahrenzone.
Die Gefahrenzone bilden die Gemeinden des 15km-
Umfreises.
Karlsruhe, den 8. März 1927. O. 3. 34
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

In Wöschbach ist die Maul- und Klauenseuche aus-
gebrochen. O. 25
Sperrbezirk ist die Gemeinde Wöschbach.
Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Verghausen.
Die Gefahrenzone umfasst alle Gemeinden des 15 km-
Umfreises.
Karlsruhe, den 8. März 1927. O. 3. 35
Bezirksamt Abt. IV.

Pferderäude betr.
Gemäß § 248 der Ausführungsbestimmungen zum
Viehseuchengesetz wird hiermit bekanntgemacht, daß
unter dem Vordstand des Friedrich Kamber, Fuhr-
unternehmer in Karlsruhe-Rüppurr, Altmendstr. 81
Pferderäude ausgebrochen ist. A. 16
Karlsruhe, den 7. März 1927. O. 3. 33
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

R. 20. Karlsruhe. Das
Konkursverfahren über d.
Bemögen der Firma Fi-
scher, Hugo, Ole und Fette
en gros, Karlsruhe, wurde
nach Abhaltung d. Schluß-
termins aufgehoben.
Karlsruhe, 4. 3. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. 6.

R. 21. Offenburg. Das
Konkursverfahren über d.
Bemögen der Bonaven-
tura Alfons Eheleute in
Zell-Weierbach wird nach
Anführung der Gläubiger-
versammlung eingestellt,
da eine den Kosten des
Verfahrens entsprechende
Konkursmasse nicht vor-
handen ist.
Offenburg, 2. 3. 1927.
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.